

Dänemark vom Bumerang-Effekt getroffen: Krieg gegen den Sozialstaat

Der November 2025 wird als Beginn vom Ende der politischen Karriere von Premierministerin Mette Frederiksen in Erinnerung bleiben.

3. Dezember 2025 | Ron Ridenour

Die Sozialdemokratische Partei (SD), die seit 2019 zwei Regierungen geführt hat, erlebte die schlimmsten Regionalwahlen seit einem Jahrhundert, da sie mehr als jedes andere Land pro Kopf für den Krieg zwischen der Ukraine und Russland ausgegeben hat und mit 13 Milliarden Dollar sowie einer weiteren Milliarde in der Pipeline an vierter Stelle der absoluten Summen steht.

Das sind 2.100 Dollar pro Person. Es ist auch das Dreifache des Verteidigungsbudgets Dänemarks vor drei Jahren. Die USA haben laut Zahlen des Verteidigungsministeriums vom März 2025 rund 184 Milliarden Dollar für eine Bevölkerung von 340 Millionen Menschen bereitgestellt. Das sind 410 Dollar pro Person.

Laut [EU-Zahlen](#) vom August hat die EU 186 Milliarden Dollar ausgegeben, weitere 54 Milliarden Dollar zugesagt und 3,9 Milliarden Dollar an russischen Vermögenswerten, die in westlichen Finanzinstituten für die Ukraine gehalten werden, „eingefroren“. Mehr als 300 Milliarden Dollar an russischen Geldern wurden „eingefroren“ und könnten dazu verwendet werden, Russen und Ukrainer zu töten. Die Dänen glauben, dass sie die „Demokratie und Souveränität“ der Ukraine schützen, und tun dies zu höheren Kosten für sich selbst als alle anderen Bürger der 57 Länder, die sich gegen Russland gestellt haben.

Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen steht an der Spitze einer Dreiparteien-Koalitionsregierung, zu der auch die konservative Moderate Partei und die konservative Liberale Partei (Venstre) gehören. Die Moderate Partei ist eine jüngere Abspaltung der Liberalen Partei. Vor dem Stellvertreterkrieg gegen Russland schwankte Frederiksens Beliebtheit zwischen 27 Prozent und 35 Prozent. Nach den Regionalwahlen am 18. November sank Frederiksens Beliebtheit auf 17 Prozent.

Die Sozialdemokraten verloren Bürgermeisterposten in den meisten Städten und Großstädten, darunter auch den Oberbürgermeisterposten in Kopenhagen, den sie seit über 100 Jahren innehatten. Führende Mitglieder von Frederiksens Partei fordern bereits ein Jahr vor den Parlamentswahlen einen neuen Vorsitzenden.

Keine der 12 parlamentarischen Parteien in Dänemark und auch keine der wenigen kommunistischen und trotzkistischen Parteien ist der Ansicht, dass Russland das Recht hat, seine Souveränität gegen die immer weiter vordringende NATO zu verteidigen, zu der mittlerweile sechs der 14 an Russland angrenzenden Länder gehören. In den Schulen ist es nicht erlaubt, pro-russische Ansichten zu lehren, und auch in den Medien dürfen pro-russische Ansichten nicht geäußert werden.

Dennoch begannen staatlich finanzierte Fernsehnachrichten und andere Mainstream-Medien nach den Wahlen im November erstmals, soweit dem Reporter bekannt ist, darüber zu berichten, dass viele Wähler es leid sind, so viel Geld für die Ukraine auszugeben und weniger für Sozialleistungen. Die Wähler geben vor allem dem wichtigsten Kriegsbefürworter, dem Sozialdemokraten Frederisken, die Schuld daran.

Die von den Sozialdemokraten geführten Regierungen haben die NATO-Finanzmittel seit 2022 von 1,3 Prozent des BSP auf 3,5 Prozent erhöht und planen, 5 Prozent zu erreichen, um der Forderung von Präsident Trump nachzukommen. Die Verteidigungsbudgets haben sich seit 2022 verdreifacht.

Die Massenmedien berichten normalerweise nicht über Korruption in der Ukraine, aber am 10. November taten sie es, als Ermittler der Antikorruptionsbehörde aufdeckten, dass mindestens 100 Millionen Dollar aus Verträgen zum Wiederaufbau von Energieverlusten abgezweigt worden waren, zusätzlich zu Geldwäsche durch Justizminister German Galushchenko und, ironischerweise, Energieministerin Svitlana Gryschuk.

Die Ermittler durchsuchten auch das Haus von Tymur Mindich, nur wenige Stunden nachdem dieser nach Israel geflohen war, um einer möglichen Strafverfolgung zu entgehen. Mindich gilt als enger Vertrauter und Berater von Präsident Selensky. Unter anderem ist er Miteigentümer der TV-Produktionsfirma „Kvartal-95“, die Selensky mit aufgebaut hat.

In Wirklichkeit haben ukrainische Regierungsbeamte Milliardenbeträge von mindestens 400 Milliarden Dollar, die in die Ukraine geschickt wurden, unterschlagen. Es ist nicht mehr tabu, trotz der traditionellen Kultur der Bevölkerung, die Autorität Dänemarks nicht in Frage zu stellen, gegenüber einer fortgesetzten Unterstützung skeptisch zu sein. Dieser Skandal führte nur eine Woche vor den Wahlen in Dänemark zu Skepsis darüber, worum es in diesem Krieg eigentlich geht.

Selbst die CIA-freundliche Wikipedia räumt ein, dass Korruption weit verbreitet ist. „Korruption in der Ukraine ist ein bedeutendes Problem, das die Gesellschaft seit der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 betrifft.“

Sozialhilfe um 4 Milliarden Dollar gesunken

Die größte Zeitschrift in Dänemark ist *Ældre Sagen* (Seniorensache) mit einer Auflage von 750.000 Exemplaren bei einer Bevölkerung von sechs Millionen Menschen. Sie berichtet häufig darüber, wie die Regierungen weniger für Sozialleistungen ausgeben. Seit 2015 sind die Sozialausgaben um drei Prozent (4 Milliarden Dollar) zurückgegangen.

Die aktuelle Ausgabe von „Seniorensache“ zeigt, wie viel weniger Unterstützung es für Senioren gibt, die ohne die Gesundheitsversorgung der Gemeinden nicht für sich selbst sorgen können. Der Mangel an Hilfe beim Baden hat sich von 20 Prozent im Jahr 2021, kurz vor dem Krieg, auf 37 Prozent erhöht. Der Prozentsatz der älteren Menschen, die Hilfe bei der Reinigung ihrer Wohnungen benötigen, ist im gleichen Zeitraum von 33 Prozent auf 45 Prozent gestiegen. Nur 40 Prozent derjenigen, die Hilfe im Haushalt oder beim Spazierengehen benötigen, erhalten diese, während es vor vier Jahren noch 56 Prozent waren.

Die Sanktionen gegen Russland haben einen Bumerang-Effekt, weil die Dänen viel mehr Geld ausgeben müssen, um teure Öl- und Gasenergiequellen aus Norwegen und den USA zu importieren, nachdem sie mit Hilfe von Schweden und Dänemark die NordStream-Pipelines sabotiert haben.

Die Lebensmittelpreise sind in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Kurz vor Kriegsbeginn gaben die Dänen durchschnittlich 15 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus, heute sind es 17 Prozent. Darüber hinaus sind die Preise für einige beliebte Produkte sprunghaft angestiegen: Kaffee um 67 Prozent, Hackfleisch um 50 Prozent, Käse um 47 Prozent und Milch um 44 Prozent.

Trotz der stillen, aber wachsenden Kriegsmüdigkeit nutzte Premierministerin Frederiksen ihre Zeit während des Kommunalwahlkampfs, um Russland zu provozieren, obwohl die Wahl nichts mit Außenpolitik zu tun hatte. Sie beschuldigte Russland, Drohnen über Dänemark geschickt zu haben, wofür es jedoch keine Beweise gibt. Dennoch schlugen einige gewählte Politiker vor, Drohnen, die über diese „Ziele“ fliegen, abzuschließen, auch wenn nicht bekannt ist, dass es sich um Drohnen handelt, oder wenn die Absender unbekannt sind.

Zu den falschen Anschuldigungen gehörte ihre Behauptung, dass ein russischer Tanker, die Boracay, der friedlich in internationalen Gewässern in der Nähe von Dänemark fuhr, eine „Provokation“ sei. Zu dieser Zeit empfing Frederiksen 26 Staatschefs im Amtssitz des Premierministers, um zu beraten, wie der Krieg in der Ukraine fortgesetzt werden könne. Ihr französischer Verbündeter, Präsident Emmanuel Macron, schickte daraufhin ein Kriegsschiff mit Soldaten, um die Boracay zu beschlagnahmen, mit der Absicht, ihren Kapitän vor Gericht zu stellen.

Macron sagte: „Wir wollen den Druck auf Russland erhöhen, um es davon zu überzeugen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren... [wir bewegen uns] in Richtung einer Politik der Behinderung, wenn wir verdächtige Schiffe in unseren Gewässern haben, die an diesem Handel beteiligt sind.“

„Handel“ bedeutet den Transport von Öl zwischen Ländern, was die kapitalistischen Volkswirtschaften der Welt tun.

Die dänische Regierung ermutigt auch mehr junge Menschen, für längere Zeit als die von nur vier Monaten auf elf Monate verlängerte Wehrpflicht zum Militär zu gehen. Die Wehrpflicht gilt nun auch für Frauen. Der Vorschlag, Frauen zum Militärdienst zu verpflichten, kam während dieses Krieges von einer ehemaligen kommunistischen Partei, die jetzt Enhedslisten (Rot-Grüne Allianz oder Einheitsliste) heißt. Sie hat neun der 179 Sitze im Parlament.

Dänemark lädt Ukraine zur Produktion von Raketentreibstoff ein

Im September gab die dänische Regierung bekannt, dass sie in der Nähe der Stadt Vojens am Militärflughafen Skrydstrup eine Fabrik für ukrainische Raketen bauen wird. In Skrydstrup sind die meisten F-35-Kampfflugzeuge Dänemarks stationiert, und dort wird auch eines der US-Militärkontingente untergebracht sein. Dies ist das erste Mal, dass ein NATO-Land ein ukrainisches Unternehmen zur Produktion von Waffen auf seinem Staatsgebiet einlädt.

[Hinter dem Projekt](#) steht das ukrainische Unternehmen Four Points. Es ist vor allem für die Entwicklung der Marschflugkörper Flamingo mit einer Reichweite von 3.000 km bekannt, die jedoch beim Abschuss Probleme bereiten. Four Points und Dänemark werden mehrere hundert Mitarbeiter beschäftigen. Sie werden Raketentreibstoff und Teile für mindestens zwei Arten von ballistischen Raketen, FP-7 und FP-9, herstellen. Diese Raketen werden in die Ukraine transportiert, wo das Militär sie auf Ziele in Russland abschießen wird. Die FP-7 hat eine Reichweite von 200 Kilometern bei einer Geschwindigkeit von 1.500 Metern pro Sekunde. Die FP-9 hat eine Reichweite von 855 Kilometern bei 2.200 Metern pro Sekunde.

Zunächst wurde nicht bekannt gegeben, ob der Treibstoff für die Flamingo in Dänemark hergestellt werden soll. Dennoch erwägt Dänemark den Kauf einiger ukrainischer Raketen und/oder der US-amerikanischen Langstreckenraketen vom Typ Tomahawk. Dänemark hat 80 Millionen Dollar für das Raketentreibstoffprojekt bereitgestellt.

Die Medien berichteten über die Reaktion des russischen Botschafters in Dänemark, Vladimir Barbin: „Dänemark ist entschlossen, das Blutvergießen in der Ukraine fortzusetzen. Wenn die Ukraine auf dänischem Boden Raketentreibstoff für Marschflugkörper produziert, wird es immer schwieriger, Dänemark nicht als direkten Teilnehmer an dem Konflikt zu betrachten. Die ukrainische Seite hat ganz offen erklärt, dass diese Raketen für Angriffe tief im Inneren Russlands vorgesehen sind.“

Eine Woche nachdem Selenskys Kumpel Minditi nach Israel geflohen war, wurde bekannt, dass er der „Drahtzieher“ hinter Four Points ist. Die Bürger von Vojens und die oppositionellen politischen Parteien fordern nun von ihrer Regierung die Zusicherung, dass es zu keiner Korruption kommen wird, wenn das ukrainische Team neben dänischen Arbeitern beim Bau der Raketentreibstofffabrik zum Einsatz kommt. Noch fragt niemand öffentlich, warum dies getan wird, obwohl es doch offensichtlich ist, dass Russland diesen Krieg bald gewinnen wird.

Dieser Skandal reichte jedoch nicht aus. Am 30. November musste der oberste Kriegsbefehlshaber und Friedensvermittler, Stabschef Andriy Yermak, aufgrund neuer Enthüllungen über Wirtschaftskorruption, deren Ausmaß noch nicht bekannt ist, zurücktreten. Diese Skandale zeigen der Welt, dass Selensky von seinen Handlangern nur persönliche Loyalität erwartet und nicht Ehrlichkeit und Kompetenz.

Dennoch begann der Bau der Kriegsfabrik wie geplant am 1. Dezember unter dem Namen FPRT ApS. In den Medien äußerten viele Bürger ihre Besorgnis, dass etwas Schlimmes passieren könnte, wie zum Beispiel Explosionen von Treibstoff innerhalb der Fabrik, und sie machten sich Gedanken darüber, was Russland tun könnte.

Dänemark unterstützt den Völkermord an den Palästinensern und bereitet sich gleichzeitig auf einen totalen Krieg vor

Die dänische Regierung unterstützt auch den Völkermord Israels an den Palästinensern. Im August letzten Jahres fand sogar eine Waffenmesse statt, auf der sieben israelische Waffenhersteller ihre Produkte verkauften und dänische Waffen an Israel verkauft wurden. Das Waffenfestival wurde auf Einladung des dänischen Militärs veranstaltet. Zwei Parlamentsparteien beschwerten sich über die Teilnahme Israels. Wie lautete die Erklärung der dänischen Regierung? „Wir müssen uns schnell wieder aufrüsten, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten und der russischen Bedrohung zu begegnen.“

Frederiksen und Co. haben eine Lüge nach der anderen darüber erfunden, dass Russland zuerst eines seiner Nicht-NATO-Nachbarländer angreifen werde, dann einen NATO-Nachbarn und innerhalb von fünf Jahren ganz Europa überfallen werde: Die 32 NATO-Länder verfügen über [insgesamt 3,33 Millionen Soldaten](#) (2022), Russland hingegen über 850.000. In den 30 europäischen NATO-Ländern leben 600 Millionen Menschen, verglichen mit 140 Millionen in Russland. Die beiden nordamerikanischen NATO-Länder haben 335 Millionen bzw. 40 Millionen Einwohner.

Angeblich ist das einzige Hindernis für eine vollständige Invasion Russlands die Beendigung des Krieges in der Ukraine. Der einzige Geheimdienst Dänemarks, der Defense Intelligence Service (FE), der der CIA unterstellt ist (über den ich ausführlich geschrieben habe), behauptet dieses Szenario, ohne auch nur einen Funken Beweise dafür zu liefern.

Seit diese Hypothese als Wahrheit im Februar letzten Jahres aufkam, werden wir von Politikern, Militärexpererten und den Medien wiederholt aufgefordert, uns auf den Krieg vorzubereiten, indem wir Wasser, Lebensmittel, Medikamente, Hygieneartikel, warme Kleidung und Decken, Batterien, Taschenlampen, Bargeld, Solar- oder Batterieradios für drei Tage vorrätig halten. Schutzräume sollten gebaut oder repariert werden. Landbesitzerverbände sollen Gemeindeversammlungen einberufen, um zu erfahren, wie man sich am besten auf den Krieg vorbereitet. Militärexpererten stehen für Ratschläge zur Verfügung.

Nach den jüngsten Wirtschaftskorruptionsfällen stellen die Medien offen die Frage, wie lange der Krieg noch dauern wird, da die Begeisterung nachlässt. So berichten einige Medien beispielsweise, dass nur sehr wenige Menschen tatsächlich dem Rat der Regierung folgen, für den Kriegsfall Vorräte anzulegen.

Fernsehsender strahlen seit langem täglich mehrere einseitige Kriegsprogramme aus. Am 26. November endete jedoch die wöchentliche Sendung „War's Day“ von DR TV mit einer ehrlichen und zynischen Aussage eines Majors der Verteidigungsakademie: „Wenn sich die Amerikaner vollständig zurückziehen, wird es für die Ukraine sehr schwierig werden, aber für uns Europäer ist es immer noch besser, dort weiter zu kämpfen, und billiger, als anderswo gegen die Russen zu kämpfen.“

Dänische Wähler haben genug von Kriegsgeschrei

Im September tauchten Dutzende von Drohnen (möglicherweise) unterschiedlicher Größe über zivilen und militärischen Flughäfen auf. Einige blieben am ersten Tag vier Stunden lang in der Luft. Frühere Berichte dieser Art ergaben, dass es sich bei den „Drohnen“ um Sonnenreflexionen handelte, aber dieses Mal waren sie echt, so die Regierung.

Sollten unangekündigte Drohnen abgeschossen werden, fragten die Mainstream-Medien und einige Politiker? Die Hardliner der Rechten sagen Ja. Die Gemäßigten weisen darauf hin, dass Polen, als es eine Drohne abschoss, mit seiner eigenen Rakete ein polnisches Haus zerstörte.

Die wichtige Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* spielte völlig verrückt. Ihre Schlagzeile vom 26. September „Drohnenkatastrophe – Dänemark gedemütigt“ leitete sieben Seiten Text und Fotos mit Vorder- und Rückseite ein – ein Viertel der Zeitung. Ihre Reporter kritisierten scharf die Regierung und das Militär, weil sie die Drohnen weder abgeschossen noch abgefangen hatten und nicht wussten, woher sie kamen und wohin sie flogen.

Der Ton in einigen Medien änderte sich jedoch. Ich war angenehm überrascht, als ich den Artikel auf der Titelseite der *Christian Daily* vom 28. November mit der Überschrift „Kritik: Drohnenkommunikation hat zu freien und wilden Theorien geführt“ las.

Der Artikel beginnt mit einem überzeugten Befürworter des Krieges in der Ukraine. „Frederiksen und die Rhetorik der Regierung bringen Dänemark mehr in Gefahr als nötig, und das beunruhigt mich ... Dänemarks Einmischung in den Krieg ist zu voreilig.“

Der Artikel weist darauf hin, dass nach mehreren Tagen, in denen die Regierung lautstark verkündete, wie sehr die Russen „unseren Luftraum, unsere Flughäfen ...“ bedrohten, Stille eintrat. Es gab keinen Beweis dafür, was die „Drohnenstörung“ wirklich war, nicht einmal, ob es sich um Drohnen handelte oder woher sie kamen. Dennoch gab Frederiksen ihre Rhetorik über die bösen Russen nicht auf. Die Zeitung zitierte sie mit den Worten: „Es ist in erster Linie ein Land, das eine Bedrohung darstellt: Russland.“

Die Tageszeitung schloss mit der Feststellung, dass die Regierung ihrem Volk „einen Mangel an Informationen“ präsentiere. [Unabhängig davon, um welche Störungen es sich handelte], gehe es der Regierung darum, die Menschen zu verängstigen und sie auf diese Weise in einem eisernen Käfig zu halten.

Nur drei Tage vor dieser bahnbrechenden Schlagzeile sprach Premierministerin Frederiksen im Fernsehen darüber, dass es für die Ukraine mit noch massiverer europäischer Hilfe immer noch möglich sei, den Krieg zu gewinnen. Sie sagte dies, nachdem Russland den 19-Punkte-Friedensvorschlag der „Koalition der Willigen“ als Ersatz für Trumps 28-Punkte-Plan vollständig abgelehnt hatte, den die Regierung und die Medien als pro-russisch und von Präsident Putin unterstützt darstellen. Beide Annahmen sind falsch.

Der einzige Friedensplan für den unvermeidlichen Sieg Russlands wird lauten:

1. Die Regionen Krim und Donbass, die seit dem Referendum der Bevölkerung nun zur Russischen Föderation gehören, bleiben Teil Russlands.
2. Die Ukraine wird weder Mitglied der NATO werden noch eine damit verbundene „militärische Sicherheit“ erhalten.
3. Rechtlicher Schutz für ethnische Russen in der Ukraine.
4. Es muss ein Entnazifizierungsprozess beginnen, um die grassierende faschistische Mentalität zu bekämpfen, die seit dem von der Obama-Regierung finanzierten und organisierten neofaschistischen Putsch von 2014 in der Regierung, beim Militär und einem Großteil der Bevölkerung verbreitet ist.

Der November 2025 wird als Beginn des Endes der politischen Karriere von Premierministerin Mette Frederiksen und als Ende des Schweigens der dänischen Bevölkerung in Erinnerung bleiben: Genug ist genug!